



ZFD Arbeitsansatz: Vergangenheitsarbeit

In vielen Partnerländern des ZFD ist die Gesellschaft nach langjährigen Kriegen und gewaltsamen Konflikten tief gespalten. Hass und Misstrauen bestimmen den Alltag. Die Wahrscheinlichkeit eines erneuten Ausbruchs von Gewalt ist hoch und behindert maßgeblich Friedens- und Entwicklungsprozesse dieser Länder.

Der ZFD unterstützt deshalb lokale Bemühungen um die Anerkennung und Aufarbeitung von Gewalt und Unrecht und die Förderung eines friedlichen Zusammenlebens. Durch die Analyse der Konfliktursachen und deren Relevanz im aktuellen Konfliktkontext stellt der ZFD den Bezug zwischen der Gewalterfahrung in der Vergangenheit und aktuellen Gewaltformen her. Im Zentrum von ZFD-Maßnahmen stehen der Aufbau von Vertrauen, die Wiederherstellung sozialer Beziehungen sowie die Förderung einer gemeinsamen Wertebasis.

Die Arbeit des ZFD orientiert sich an Konzepten wie *Transitional Justice* und *Dealing with the Past*. Grundlage für seinen Ansatz bilden die sogenannten Joinet-Prinzipien mit ihren vier Schlüsselbereichen Wissen bzw. Wahrheit, Gerechtigkeit, Reparation und Nicht-Wiederholung.¹

Dieses Verständnis von Vergangenheitsarbeit beinhaltet, dass

- es sich um langfristige politische und soziale Prozesse handelt, in deren Mittelpunkt Betroffene, sowohl Opfer als auch Täter/-innen, stehen
- Vergangenheitsarbeit umfassend (holistisch) gestaltet werden und alle vier Bereiche adressieren sollte
- strafrechtliche (*retributive justice*) und wiedergutmachende (*restorative justice*) Maßnahmen kombiniert werden und sich gegenseitig beeinflussen

- es um Rechte und Pflichten geht, die individuell oder kollektiv, materiell oder ideell, vom Staat oder von Einzelnen geltend gemacht bzw. erfüllt werden
- ein Beitrag zur Gestaltung gewaltfreier Beziehungen, zu Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Versöhnung, Frieden und Entwicklung geleistet wird
- Maßnahmen partizipativ, konflikt- und interkulturell sensibel und unter Anerkennung lokaler Formen der Vergangenheitsarbeit geplant und durchgeführt werden.

Ansatzpunkte und Vorgehen

Der prozessorientierte, langfristige Charakter des ZFD-Engagements trägt diesem Verständnis Rechnung. Mit hoher Professionalität, externer Perspektive und dennoch einer nahe an den Partnern vor Ort stehenden menschlichen Präsenz unterstützen ZFD-Fachkräfte gemeinsam mit lokalen, sowohl zivilgesellschaftlichen als auch staatlichen Partnern und deren ganz unterschiedlichen Zugängen, Prozesse einer umfassenden Vergangenheitsarbeit.

Der Fokus des ZFD liegt auf lokalen Prozessen. Veränderungen in den Einstellungen und im Verhalten von Akteuren auf lokaler Ebene tragen - so die Wirkungsannahme - mittel- bis langfristig zu Veränderungen auf gesellschaftlicher Ebene und von Strukturen bei.

An der Schnittstelle von Menschenrechtsarbeit und Konflikttransformation agiert der ZFD allparteilich gegenüber Gruppen. Dies impliziert die Offenheit für den Dialog mit allen Konfliktparteien. Dabei bekennt sich der ZFD zu menschenrechtlichen Prinzipien und Standards.

¹ Vgl. Report on the Question of the Impunity of Perpetrators of Human Rights Violations" by UN Special Rapporteur Louis Joinet, 1996.
[http://www.unhchr.ch/huridocda/huridoca.nsf/\(Symbol\)/E.CN.4.sub.2.1.997.20.Rev.1.En](http://www.unhchr.ch/huridocda/huridoca.nsf/(Symbol)/E.CN.4.sub.2.1.997.20.Rev.1.En)

Ausgehend von der partizipativen Analyse bestehender Machtverhältnisse und -asymmetrien und in Abhängigkeit vom jeweiligen Kontext stärkt der ZFD die schwächeren Konfliktpartei(en) entsprechend deren Bedarfe. Damit werden diese befähigt, sich in den Prozess der Konfliktbearbeitung einzubringen bzw. diesen sowie die Entwicklung gerechter und partizipativer Beziehungen, Institutionen und Mechanismen überhaupt erst einfordern und unterstützen zu können. Zugleich fördert er, ebenfalls kontextabhängig, das Capacity Development staatlicher Institutionen in ihrer Rolle als Pflichtenträger und schafft damit die Voraussetzungen für den Dialog zwischen verschiedenen Akteuren.

Schwerpunkte der Arbeit des ZFD sind:

- Gedenk- und Erinnerungsarbeit, die zu einer inklusiven, ehemalige Konfliktparteien übergreifenden Geschichtsschreibung und Erinnerungskultur beiträgt
- Psychosoziale Beratung und Begleitung sowie Traumarbeit
- Dokumentation, Systematisierung und Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen, inklusive Exhumierungen
- Beratung bei Reparationsbemühungen
- Fortbildung relevanter Akteure zur Umsetzung menschenrechtlicher Standards in Bezug auf Vergangenheitsaufarbeitung
- Konfliktsensible Berichterstattung und Medienarbeit zu Themen der Vergangenheitsarbeit
- Friedensbildung/Peace Education mit Fokus auf der Aufarbeitung der Gewaltgeschichte sowie der Überwindung deren Folgen, gewaltfreie Konfliktbearbeitung und Anti-Diskriminierung
- Schaffung und Stärkung sicherer Räume für Begegnung, Austausch und Dialog über Gewalterfahrungen zur Überwindung von deren Folgen, dem Abbau von Gewalt und der Vertrauensbildung zwischen verschiedenen zivilgesellschaftlichen sowie zwischen zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteuren
- Förderung gewaltfreier sozialer Beziehungen
- Förderung von Süd-Süd-Austausch zwischen Akteuren im Bereich Vergangenheitsarbeit unter Einbeziehung internationaler Standards und anerkannter Institutionen zur Belebung der nationalen Debatte.

Impressum

Herausgeber:
Deutsche Gesellschaft für
Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
Ziviler Friedensdienst
Friedrich-Ebert-Alle 40
53113 Bonn
T +49 0228-4460 1452
E zfd@giz.de
I www.giz.de/ziviler-friedensdienst



Guatemala

ZFD Arbeitsansatz Vergangenheitsarbeit

Mit Unterzeichnung der Friedensverträge 1996 endete in Guatemala ein 36 Jahre andauernder bewaffneter Konflikt zwischen der Guerilla und den staatlichen Sicherheitskräften. Mehr als 200.000 Menschen, die meisten Angehörige der indigenen Bevölkerung, wurden in dieser Zeit Opfer von politischen Morden, Verschleppungen, Massakern und anderen schweren Menschenrechtsverletzungen. Bis heute wurde die gewaltvolle Vergangenheit kaum aufgearbeitet. Die guatemaltekeische Gesellschaft ist weiterhin durch ein hohes Maß an Gewalt, strukturelle Straflosigkeit sowie die systematische Diskriminierung der indigenen Bevölkerung gekennzeichnet.

Der ZFD unterstützt bereits seit vielen Jahren die Aufarbeitung dieser gewaltvollen Vergangenheit. Zusammen mit lokalen, vorwiegend zivilgesellschaftlichen Organisationen fördert er Prozesse zur Wahrheitsfindung und strafrechtlichen Verfolgung der Verbrechen, zur Wiederherstellung der Würde der Opfer sowie darauf aufbauend zur Prävention neuer Gewalt.

Mit dem Ziel, zu Wahrheit und Gerechtigkeit beizutragen, exhumierte beispielsweise die Partnerorganisation CAFCA (Zentrum für forensische Analyse und angewandte Wissenschaften) landesweit illegale Gräber von Bürgerkriegsopfern. Unterstützt durch eine in anthropologischer Forensik spezialisierte ZFD-Fachkraft führte CAFCA wissenschaftliche Qualitätsstandards ein. CAFCA's Expertise wird heute von verschiedenen Institutionen herangezogen, die Exhumierungsprozesse initiieren.

Ein Meilenstein auf der Suche nach Wahrheit und Gerechtigkeit war der Fund des historischen Polizeiarchivs im Jahr 2005. Über 80 Millionen Akten dokumentieren 115 Jahre Polizeigeschichte. Von Anfang an trägt der ZFD dazu bei, dass dieses historische Gedächtnis restauriert, archiviert und digitalisiert werden kann. Denn neben vielen verwaltungstechnischen Details enthalten die Dokumente auch verschlüsselte Informationen zu Menschenrechtsverletzungen während

des Bürgerkrieges. Eine ZFD-Fachkraft unterstützte die Systematisierung und Auswertung von Dokumenten des Archivs und beriet insbesondere CAFCA darin, exemplarische Fälle von Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen anhand des Archivmaterials juristisch aufzuarbeiten.

Um lokale Kompetenzen zur Aufarbeitung der Vergangenheit systematisch aufzubauen, förderte der ZFD darüber hinaus Fortbildungen und Studiengänge im Bereich Archivforschung. Zu den Teilnehmenden gehörte Fachpersonal zivilgesellschaftlicher Organisationen ebenso wie staatlicher Institutionen, zum Beispiel der Ombudsbehörde und der Staatsanwaltschaft.

Eine bedeutende Quelle zur Aufarbeitung der Vergangenheit stellen die in den Wahrheitsberichten enthaltenen Zeugenaussagen dar. Neben dem Wahrheitsbericht der UN-Mission CEH (Comisión para el esclarecimiento histórico) liefert der Wahrheitsbericht des Menschenrechtsbüros des Erzbischofs REMHI (Recuperación de la Memoria Histórica) wichtige Informationen für die Rekonstruktion von Menschenrechtsverletzungen während des Bürgerkrieges. Der ZFD unterstützte die Digitalisierung des REMHI-Archives, um die erhobenen Daten zu sichern und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Der gesicherte Zugang zum Archiv dient auch der persönlichen Rekonstruktion der Ereignisse durch die Betroffenen selbst und damit der Wiederherstellung der Würde der Opfer.

Diese fördert der ZFD auch durch die Zusammenarbeit mit der Organisation ECAP (Organisation für Sozialforschung und psychosoziale Arbeit in lokalen Kontexten), welche insbesondere Maya-Frauen, die als Opfer sexueller Gewalt den Bürgerkrieg überlebt haben, psychologische und soziale Betreuung anbietet. Ab den 80er Jahren wurde sexuelle Gewalt als eine Form der Kriegsführung massiv gegen Frauen ausgeübt. Indigene Frauen in den ländlichen Regionen Guatemalas waren besonders betroffen. Mit dem Projekt „Das Schweigen

brechen" fördert der ZFD gemeinsam mit ECAP die psychosoziale Begleitung dieser Frauen. Sie werden dabei unterstützt, ihre traumatischen Erfahrungen aufzuarbeiten, sich mit ebenfalls Betroffenen zu vernetzen sowie ihre Rechte kennen- und einfordern zu lernen. ECAP engagiert sich zudem um die Durchsetzung von Entschädigungsforderungen vor nationalen und internationalen Gerichten.

Die persönliche und gesellschaftliche Auseinandersetzung mit der gewalttätigen Vergangenheit dient auch der Prävention neuer Gewalt und zukünftiger Menschenrechtsverletzungen.

Dem widmet sich die ZFD-Partnerorganisation „Memorial para la Concordia“. Die vielfältigen Wirklichkeiten der Betroffenen zum Ausgangspunkt nehmend, fördert das „Memorial para la Concordia“ Erinnerung und Gedenken an alle zivilen Opfer des Bürgerkriegs, unabhängig von deren politischen Haltung. Bürgerinnen und Bürger werden aktiv in die Erinnerungsarbeit einbezogen: Erinnerungsfestivals, lokale und intergenerationale Dialoge und die Vernetzung von Akteuren, die sich im Kontext der Vergangenheitsarbeit engagieren, sind Beispiele für die

Arbeit dieser ZFD-Partnerorganisation. Eine virtuelle Plattform soll künftig die Anstrengungen der unterschiedlichen Akteure bündeln und Möglichkeiten zur Bürgerbeteiligung in Prozessen der Vergangenheitsarbeit bieten.

Impressum

Herausgeber:
Deutsche Gesellschaft für
Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
Ziviler Friedensdienst
Friedrich-Ebert-Alle 40
53113 Bonn
T +49 0228-4460 1452
E zfd@giz.de
I www.giz.de/ziviler-friedensdienst



Kambodscha

Der ZFD im Kontext von Vergangenheitsarbeit

Die Herrschaft der Khmer Rouge in den Jahren 1975-1979 stellt einen der blutigsten Abschnitte in der Geschichte Kambodschas dar. Rund 30 Jahre später wird den überlebenden Hauptverantwortlichen für die Ermordung von 1,7 Millionen Menschen der Prozess gemacht: vor einem kambodschanischen Tribunal mit Unterstützung der Vereinten Nationen, den „Extraordinary Chambers in the Courts of Cambodia“ (ECCC). Eine weltweite Besonderheit der ECCC ist, dass überlebende Opfer des Khmer Rouge Regimes als Nebenklägerinnen und -kläger an den Verfahren teilnehmen können. Im ersten Hauptverfahren wurde der Direktor des ehemaligen Gefängnisses S-21, Kaing Guek Eav alias „Duch“, im Juli 2010 wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen zu 30 Jahren Haft verurteilt.

Ende 2011 wurde der zweite Prozess gegen die noch lebenden Führungsmitglieder der Khmer Rouge eröffnet: Nuon Chea, „Bruder Nr. 2“ nach Pol Pot, Khieu Samphan, ehemaliger Staatspräsident und Ieng Sary, ehemaliger Außenminister. Ihnen wurden „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ durch Zwangsvertreibung der Zivilbevölkerung und Tötung ehemaliger Soldaten der Lon Nol Regierung vorgeworfen. Nach mehr als zwei Jahren, weit über 200 Anhörungen und Hunderten Zeugenaussagen wurden die Angeklagten am 7. August 2014 zu lebenslanger Haft verurteilt. Ieng Sary verstarb während des Verfahrens im März 2013. Mit einem Berufungsverfahren ist zu rechnen.

Im zweiten Teilverfahren (Fall 002/02) stehen dieselben Angeklagten unter anderem wegen Völkermords an den vietnamesischen und muslimischen Minderheiten, Zwangsverheiratung und der Errichtung von Folterzentren vor Gericht. Die Angeklagten sind 83 bzw. 88 Jahre alt. Ermittlungen gegen weitere Verdächtige werden von der kambodschanischen Regierung behindert.

Der ZFD arbeitet mit zehn internationalen Fachkräften vor Ort – Jurist/-innen, Psycholog/-innen, Politolog/-innen und Journalist/-innen – die alle das gleiche Ziel verfolgen: das laufende Tribunal zu nutzen, um

gemeinsam mit lokalen, staatlichen und zivilgesellschaftlichen Partnern den Prozess der Vergangenheitsaufarbeitung auf allen Ebenen zu unterstützen. Neben den strafrechtlichen Verfolgungen der Verbrechen stehen die Wiederherstellung der Würde der Opfer sowie die Prävention erneuter Gewalt im Zentrum des ZFD-Engagements.

ZFD-Fachkräfte unterstützen ihre Partner, darunter auch das ECCC, bei der Planung und Umsetzung kollektiver und symbolischer Reparationsprojekte für die Überlebenden des Khmer Rouge Regimes. So berät und trainiert z.B. eine deutsche Psychologin die Mitarbeitenden der Transcultural Psychosocial Organization (TPO) dabei, Nebenklägerinnen und -kläger sowie andere Überlebende psychosozial zu begleiten und beim Umgang mit traumatischen Erfahrungen zu stärken. Weitere ZFD-Fachkräfte fördern Prozesse der Erinnerungs- und Bildungsarbeit sowie den Dialog zwischen Überlebenden des Khmer Rouge Regimes und nachfolgenden Generationen.

Das systematische und vernetzte Vorgehen des ZFD in Kambodscha hat wesentlich dazu beigetragen, dass nahezu 4.000 Nebenklägerinnen und -kläger von den ECCC anerkannt wurden und aktiv am Verfahren in Fall 02 teilnehmen können. Angehörige ethnischer und religiöser Minderheiten, die Opfer von Genozid wurden, sind als Nebenklägerinnen und -kläger in den Prozessen angemessen vertreten.

Aufgrund des kontinuierlichen Engagements der ZFD-Fachkräfte und Partnerorganisationen wurde auch der Tatbestand der Zwangsheirat als Verbrechen gegen die Menschlichkeit in der Anklage für das seit September 2014 laufende zweite Teilverfahren berücksichtigt. Alle vom ZFD unterstützten Reparationsprojekte wurden in der Urteilsverkündung des ECCC genannt und somit anerkannt. Die Lehren aus dem Gerichtsverfahren im Bereich der psychologischen Betreuung von Zeug/-innen und Nebenkläger/-innen sowie juristische Aspekte des Nebenklägermechanismus fließen in die Arbeit des ZFD ebenso ein, wie die Fokussierung auf Bildung und

Jugend. Durch die Unterstützung lokaler Initiativen der Gedenkkultur trägt der ZFD zu Versöhnung und sozialem Wiederaufbau auch jenseits der Strafprozesse bei.

Nicht zuletzt werden die ZFD-Fachkräfte vor dem Hintergrund der eigenen deutschen Geschichte als kompetent und authentisch wahrgenommen und ihre Erfahrungen bei der Aufarbeitung der Vergangenheit in Kambodscha besonders geschätzt.

Impressum

Herausgeber:
Deutsche Gesellschaft für
Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
Ziviler Friedensdienst
Friedrich-Ebert-Alle 40
53113 Bonn
T +49 0228-4460 1452
E zfd@giz.de
I www.giz.de/ziviler-friedensdienst



Burundi

ZFD Arbeitsansatz Vergangenheitsarbeit

Seit seiner Unabhängigkeit 1962 hat Burundi mehrere Zyklen von Gewalt erlebt, die 1993 in einem blutigen Bürgerkrieg mündeten. Auch nach dessen Beendigung im Jahr 2008 steht die gewaltvolle Vergangenheit die zerrissene burundische Gesellschaft vor enorme Herausforderungen. Allein während des Bürgerkrieges haben geschätzt 700.000 Menschen das Land verlassen, mehr als 300.000 wurden umgebracht. Eine Aufarbeitung dieser gewaltvollen Vergangenheit hat bisher kaum stattgefunden. Eine Kultur der Straflosigkeit hat sich etabliert. Große Teile der Bevölkerung sind durch individuelle und kollektive Kriegserlebnisse traumatisiert. Gegenseitiges Misstrauen zwischen den ethnischen und vor allem zwischen politischen Gruppen, eine erhöhte Gewaltbereitschaft sowie die Angst vor einem Rückfall in die Gewalt sind die Folgen. Armut, schwache Institutionen und Landkonflikte, insbesondere im Kontext der Flüchtlings- und Vertriebenenrückführung, belasten den ohnehin fragilen Frieden zusätzlich.

Angesichts dieses Kontextes ist eine umfassende Aufarbeitung der Vergangenheit unabdingbar. Diese findet jedoch nur zögerlich statt und wird auf politischer Ebene häufig blockiert. Die sich ehemals bekämpfenden bewaffneten Kräfte (Regierungsarmee und Rebellen), sind nach dem Arusha Friedensabkommen von 2000 und nachfolgenden Abkommen entweder in Polizei und Armee integriert oder entwapnet worden. Die im Arusha Abkommen vereinbarten Maßnahmen für die Aufarbeitung der Vergangenheit, wie zum Beispiel die Bestrafung der Täter/-innen oder die Rehabilitierung und Entschädigung der Opfer von Gewalt und Ungerechtigkeit, wurden hingegen noch nicht umgesetzt.

Ein wichtiger Schritt zur Aufarbeitung der Vergangenheit ist das im Mai 2014 unterzeichnete Gesetz zur Einsetzung der Wahrheits- und Versöhnungskommission, die

Verbrechen seit 1962 aufklären soll. Dass es 14 Jahre nach Unterzeichnung des Friedensabkommens von Arusha endlich dazu kam, ist nicht zuletzt der kontinuierlichen Lobby- und Medienarbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen zu verdanken. Der ZFD unterstützt vorwiegend zivilgesellschaftliche, teils auch staatliche Akteure, bei ihren Bemühungen, die gewaltvolle Vergangenheit konfliktsensibel und ganzheitlich aufzuarbeiten und den entsprechenden Dialog zwischen Staat und Zivilgesellschaft zu fördern.

Mit dem Ziel zu Wahrheit und Gerechtigkeit beizutragen, entwickelte beispielsweise die Partnerorganisation FORSC (Forum pour le Renforcement de la Société Civile), ein Dachverband der burundischen Zivilgesellschaft, gemeinsam mit anderen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren, Vorschläge für ein an internationalen Standards orientiertes Vorgehen bei der Wahrheitssuche und juristischen Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen. Durch Lobby- und Bildungsarbeit bringt FORSC die Bedürfnisse der Bevölkerung in den Prozess der Vergangenheitsarbeit ein und trägt dazu bei, dass diese ihre Rechte und Partizipationsmöglichkeiten kennen und einfordern können. So erklärt beispielsweise eine Broschüre auf verständliche und anschauliche Art und Weise das Gesetz zur Wahrheits- und Versöhnungskommission. Regionale Workshops für Multiplikator/-innen tragen zur Aufklärung und Sensibilisierung bei und sollen die Bevölkerung zur aktiven Teilnahme am Aufarbeitungsprozess motivieren.

In Kooperation mit UNICEF unterstützt der ZFD das Ministerium für Nationale Solidarität, Menschenrechte und Gender, dessen Familienzentren auf Provinz- und Gemeindeebene sowie andere soziale Einrichtungen dabei, ihre Angebote in den Bereichen Traumaberatung und zivile Konfliktbearbeitung weiter zu entwickeln und

damit ein landesweites System zur psychosozialen Rehabilitation zu etablieren.

Die ZFD-Partnerorganisation THARS (Trauma, Healing and Reconciliation Service) trägt durch psychologische Unterstützungsangebote zur Wiederherstellung der Würde der Opfer bei, indem individuelle Traumata verarbeitet und soziale Beziehungen auf Gemeindeebene gestärkt werden. Opfer und Überlebende der Gewalt werden psychologisch begleitet und auf ihre Teilnahme am offiziellen Prozess der Wahrheitsfindung und Aufarbeitung der Vergangenheit vorbereitet. Multiplikator/-innen leisten entsprechende Aufklärungs- und Sensibilisierungsarbeit. In seinem Alternative to Violence Program involviert THARS zudem ethnisch oder politisch im Konflikt stehende Gruppen und fördert so deren Beziehungsaufbau, Verständnis und Vertrauen auf lokaler Ebene.

Opferorganisationen spielen im Prozess der Vergangenheitsarbeit eine entscheidende Rolle. Sie sind das Sprachrohr der Betroffenen und verfügen über wichtige Informationen, die der Aufarbeitung der Vergangenheit dienen. Der ZFD fördert ihre Vernetzung und Koordination und unterstützt ihre Bemühungen um Erinnerung und Gedenken sowie darum, gegenseitiges Unrecht anzuerkennen, Gerechtigkeit zu fordern und die Würde der Opfer wiederherzustellen.

Gemeinsam mit seinen Partnern unterstützt der ZFD den intergenerationellen Dialog sowie die Sensibilisierung, insbesondere von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen, für den gewaltfreien Umgang mit Konflikten und trägt damit zur Prävention neuer Gewalt bei.

Impressum

Herausgeber:
Deutsche Gesellschaft für
Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
Ziviler Friedensdienst
Friedrich-Ebert-Alle 40
53113 Bonn
T +49 0228-4460 1452
E zfd@giz.de
I www.giz.de/ziviler-friedensdienst



Ruanda

ZFD Arbeitsansatz Vergangenheitsarbeit

Ruandas Geschichte ist von zahlreichen Konflikten gekennzeichnet. Bereits vor dem Völkermord im Jahr 1994, dem hunderttausende Menschen – vor allem Tutsi und moderate Hutu – zum Opfer fielen, kam es immer wieder zu gewalttätigen Konflikten zwischen den Bevölkerungsgruppen, insbesondere der Hutu und Tutsi, sowie zu darauffolgenden Flüchtlingswellen, vor allem in den Jahren 1959 und 1973.

Auch 20 Jahre nach dem Völkermord ist Ruanda stark von dessen Folgen gezeichnet. Unsicherheit, Gewalt und Verlust bestimmen das Erleben eines Großteils der Bevölkerung. Viele Menschen sind traumatisiert durch direkte Erfahrungen von Völkermord und Gewalt oder durch die Erfahrung von Flucht und Vertreibung. Eltern geben ihre nicht verarbeiteten Traumata häufig an ihre Kinder weiter. Fehlende Ausweichmöglichkeiten im dicht besiedelten Ruanda führen nicht selten dazu, dass Täter und Opfer Tür an Tür leben. Die Bevölkerung ist entlang mehrerer Linien gespalten. Zum einen in Mehrheits-(Hutu) und Minderheitsgruppen (Tutsi, Twa), zum anderen besteht auch innerhalb dieser Gruppen eine hohe Zersplitterung: die große Zahl rückkehrender Flüchtlinge aus verschiedenen Konfliktphasen und unterschiedlichen Regionen sowie ein starkes Gefälle zwischen der wohlhabenderen städtischen und ärmeren ländlichen Bevölkerung bergen ein hohes Konfliktpotential.

Die ruandische Regierung hat eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, die darauf abzielen, die Spaltung zwischen den Bevölkerungsgruppen zu verringern. Angestrebt wird eine gemeinsame ruandische Identität, unter vehementer Abkehr von ethnischen Kategorisierungen. Diese bestehen in der Wahrnehmung der Bevölkerung jedoch fort.

Ruanda sieht sich aktuell vor einer doppelten Herausforderung: einerseits muss der Notwendigkeit von Versöhnung als Basis für eine gemeinsame Zukunft Rechnung getragen werden. Andererseits gilt es, dem Streben unterschiedlicher Identitätsgruppen nach Anerkennung ihrer jeweiligen Verluste und Akzeptanz ihrer individuellen Wahrnehmung von Vergangenheit und Gegenwart gerecht zu werden. Die aktuelle Erinnerungspolitik zementiert Täter- und Opferidentitäten, indem sie diese anhand der Zugehörigkeit zu Mehrheits- oder Minderheitsgruppen kategorisiert. Dies führt auch dazu, dass innerhalb dieser Bevölkerungsgruppen kollektives Leiden oder kollektive Schuld an die nächste Generation weitergegeben werden.

Gesellschaftliche Versöhnung bedarf, unter anderem, der umfassenden und inklusiven Bearbeitung der Vergangenheit sowie der Anerkennung aller Opfer, jener des Völkermordes ebenso wie jener des vorangegangenen Bürgerkrieges und jener von späteren Gewalterfahrungen. Der ZFD unterstützt die ruandische Zivilgesellschaft in diesem Prozess. In Zusammenarbeit mit lokalen Partnern fördert der ZFD Bemühungen um die Prävention erneuter Gewalt. Ziel ist eine Erinnerungskultur, die unterschiedliche Wirklichkeiten und Erfahrungen und damit unterschiedliche Perspektiven auf die Vergangenheit zulässt und so zur Inklusion der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen beiträgt. Eine mobile Ausstellung beispielsweise dient der Vermittlung von Wissen über den Völkermord und dem Austausch über Wege zu einem friedvollen Miteinander. Persönliche Geschichten der Versöhnung und der gegenseitigen Unterstützung aus allen Landesteilen stehen im Mittelpunkt der Ausstellung. Erzählt werden unter anderem die Geschichten dreier Kinder: die eines Kindes, dessen

Familie umgebracht wurde; die eines Kindes, dessen Familie sich als Täter am Genozid beteiligte; sowie die eines Mädchens, das auf der Flucht ein Baby aus der „anderen“ Gruppe rettete. Über 5400 Jugendliche und Erwachsene wurden bisher durch die Ausstellung geführt und diskutierten im Anschluss daran, wie Frieden in Ruanda gestaltet werden kann. Die Geschichten der Ausstellung dienen darüber hinaus ZFD-Partnern in ihren Projekten zur Friedenserziehung.

Eine Jugendludiosendung fördert den öffentlichen Dialog über die Vergangenheit. Jugendliche und junge Erwachsene erhalten hier die Möglichkeit, sich über ihre unterschiedlichen Perspektiven auf die Zeit des Genozids auszutauschen. Damit trägt die Sendung dazu bei, ein Tabu aufzubrechen, welches in vielen Familien besteht und den Austausch über die Zeit des Völkermordes verhindert. Darüber hinaus wird die Weitergabe von Misstrauen schürenden Geschichtsversionen an die nächste Generation verringert. Die Redaktion besteht aus Kindern von Genozidopfern, Täter/-innen, Überlebenden, passiven Beobachtenden oder zurückgekehrten Flüchtlingen. Für jede ihrer Sendungen befragen sie sowohl Jugendliche als auch Entscheidungsträger/-innen zu relevanten und oft sensiblen Gesellschaftsthemen und schaffen auf diese Weise einen ebenenübergreifenden Dialograum. Die Sendung erreicht jede Woche mindestens 700.000 Hörer/-innen, die das Programm aktiv mitgestalten.

Viele der aktuell bestehenden Konflikte in Gemeinden sind von Völkermorderfahrungen, Traumata sowie von Geschichten der Vertreibung und Rückkehr geprägt. Konfliktbearbeitung auf lokaler Ebene muss diese Dimensionen miteinbeziehen. Der ZFD unterstützt deshalb die Ausbildung und Supervision freiwilliger Sozialarbeiter/-innen in Methoden der gewaltfreien Konfliktbearbeitung, der sozialen Beratung sowie der Unterstützung traumatisierter Menschen. Die Sozialarbeiter/-innen stehen den Menschen nicht nur bei der Bearbeitung ihrer aktuellen Konflikte zur Seite, sondern auch beim Umgang mit den sozialen und psychischen Folgen der gewaltsamen Vergangenheit und tragen damit zur Wiederherstellung ihrer Würde bei.

Impressum

Herausgeber:
Deutsche Gesellschaft für
Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
Ziviler Friedensdienst
Friedrich-Ebert-Alle 40
53113 Bonn
T +49 0228-4460 1452
E zfd@giz.de
I www.giz.de/ziviler-friedensdienst